

**WIFO-Konjunkturszenario:  
Scharfer, aber im besten Fall kurzer  
Einbruch der Konjunktur infolge der  
Coronavirus-Pandemie**



## **WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus-Pandemie**

**März 2020**

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

### **Inhalt**

Die Coronavirus-Pandemie belastet derzeit die internationale und österreichische Konjunktur. Im 1. Halbjahr 2020 ist weltweit mit deutlichen Einbußen in der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Die Auswirkungen hängen wesentlich davon ab, wie lange und in welchem Ausmaß die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusübertragung in Kraft bleiben. Im gegenwärtigen Umfeld kann daher nur in Szenarien gerechnet werden. Wenn die aktuellen Maßnahmen bis Ende April in Kraft bleiben, im Mai allmählich aufgehoben werden und sich die Lage im Sommer normalisiert, dürfte die österreichische Wirtschaft 2020 um 2,5% schrumpfen.

Rückfragen: [stefan.ederer@wifo.ac.at](mailto:stefan.ederer@wifo.ac.at)

2020/070/S/WIFO-Projektnummer: 28491

© 2020 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <https://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65840>

# WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus- Pandemie

Die Coronavirus-Pandemie belastet derzeit die internationale und österreichische Konjunktur. Im 1. Halbjahr 2020 ist weltweit mit deutlichen Einbußen in der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Die Auswirkungen hängen wesentlich davon ab, wie lange und in welchem Ausmaß die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusübertragung in Kraft bleiben. Im gegenwärtigen Umfeld kann daher nur in Szenarien gerechnet werden. Wenn die aktuellen Maßnahmen bis Ende April in Kraft bleiben, im Mai allmählich aufgehoben werden und sich die Lage im Sommer normalisiert, dürfte die österreichische Wirtschaft 2020 um 2,5% schrumpfen.

Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie belasten die weltweite und österreichische Konjunktur derzeit schwer. Das Virus SARS-CoV-2, das Ende Dezember 2019 erstmals in der chinesischen Provinz Hubei auftrat, hat mittlerweile alle Teile der Welt erreicht. Während die Zahl der Neuerkrankungen in China gegenwärtig sinkt, nimmt sie in vielen anderen Ländern, insbesondere in Europa, drastisch zu. Weltweit haben daher viele Regierungen Maßnahmen zur Eindämmung der Virusübertragung ergriffen. Diese sind teils einschneidend und werden laufend adaptiert, sodass sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beinahe täglich ändern. Zudem gibt es aus der jüngeren Vergangenheit kaum Anhaltspunkte für den Verlauf einer derartigen Krise. In einem solchen Umfeld können lediglich Szenarien angenommen werden, auf deren Basis die weitere Wirtschaftsentwicklung eingeschätzt wird.

## Übersicht 1: Hauptindikatoren

	2016	2017	2018	2019	2020	2020 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6	- 2,5	+ 1,2
Private Konsumausgaben <sup>2)</sup> , real	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	- 1,4	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 1,5	- 0,7	0,2	0,6	- 5,5	0,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 1,1	+ 1,1
Lohn- und Gehaltssumme, nominell, brutto	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,3	- 0,2	+ 3,2
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	9,1	8,5	7,7	7,4	8,4	7,4

Q: WIFO. 2020: Prognose. – <sup>1)</sup> Vergleichswert laut WIFO-Prognose vom Dezember 2019. – <sup>2)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>3)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen, Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Die österreichische Wirtschaft ist durch die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie schwer beeinträchtigt. Anders als in den Krisen der jüngeren Vergangenheit, in denen ein Rückgang der internationalen Nachfrage vor allem die österreichischen Exporte und die Industrie belastete, während die Inlandsnachfrage und der Dienstleistungsbereich die Konjunktur stützten, geht der ökonomische Schock diesmal sowohl vom Inland als auch vom Ausland aus. Die Regelungen zur Schließung vieler Geschäfte und Betriebe sowie zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Mitte März in Kraft traten, ziehen Umsatzeinbußen und Einkommensverluste im Handel und Dienstleistungsbereich nach sich. Der Reiseverkehr ist gegenwärtig praktisch zum Erliegen gekommen. Auch in der Industrie machen sich Störungen der Lieferketten und der Produktion bemerkbar, und auch einige Bauunternehmen stellten bereits die Tätigkeit ein. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft hängt wesentlich von Dauer und Ausmaß der einschränkenden Maßnahmen ab. Die untenstehenden Einschätzungen basieren auf folgendem Szenario:

- Die derzeit geltenden Maßnahmen bleiben für eine Dauer von sechs Wochen bis Ende April aufrecht.
- Sie werden im Laufe des Monats Mai allmählich gelockert und außer Kraft gesetzt.
- Ab Juni werden nur mehr Einschränkungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr und im Unterhaltungs-, Freizeit- und Tourismusbetrieb unterstellt.
- Im Sommer normalisieren sich die Rahmenbedingungen, und die Wirtschaft kehrt nach und nach zu den vor der Krise erwarteten Wachstumsraten zurück.
- Mit Aufhol- und Nachholeffekten wird vor allem im kommenden Jahr gerechnet.

Dieses Szenario unterstellt, dass die beschlossenen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen in einem Gesamtvolumen von bis zu 38 Mrd. € Einkommensausfälle weitgehend abfedern, sodass im 2. Halbjahr 2020 keine dämpfenden Nachfrageeffekte erwartet werden. Zudem wird mit einer weltweit synchronen Entwicklung gerechnet, die Konjunkturerholung verzögert sich daher in Österreich im 2. Halbjahr nicht durch Einschränkungen von Lieferketten oder einen Mangel an Nachfrage aus dem Ausland.

Der ökonomische Schock trifft die einzelnen Bereiche der österreichischen Wirtschaft unterschiedlich. Der **Tourismus** ist der von der Corona-Krise am stärksten betroffene Wirtschaftsbereich, da der Schock sowohl die Nachfrageseite (Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Grenzschließungen, Angst der Gäste vor Ansteckung) als auch die Angebotsseite (Schließung aller heimischen Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe sowie von Freizeiteinrichtungen, die auch touristisch genutzt werden) betrifft. Die Tourismuswirtschaft trug 2018 in Österreich über 8% zum BIP bei (direkte Effekte sowie Lieferverflechtungen), wobei sich die wirtschaftliche Bedeutung regional und lokal stark unterscheidet – manche Regionen, vor allem in den Alpen, sind in hohem Ausmaß von der Erbringung touristischer Dienstleistungen abhängig. Gleichzeitig zählte der Tourismus zu jenen Bereichen, die in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten verzeichneten. Er profitierte dabei von seiner Eigenschaft als "Luxusgut" – der Einkommensanstieg und die Ausdehnung der Mittelschicht in Schwellen- und Entwicklungsländern ließen die

Nachfrage nach Urlaubsreisen überproportional zur Einkommensentwicklung steigen, die Globalisierung sorgte zudem für ein starkes Wachstum der Geschäftsreisen.

Das vorliegende Szenario geht von einem fast vollständigen Ausfall der Nächtigungen zwischen Mitte März und Mitte Juni 2020 aus. Danach sollte die Erholung rasch voranschreiten, die heimische Tourismuswirtschaft würde im Herbst auf den ursprünglichen Wachstumspfad zurückkehren. Diese Annahme leitet sich aus der Beobachtung ab, dass sich das Reiseverhalten nach exogenen Schocks (etwa nach einem Terroranschlag oder einer Verschlechterung der Sicherheitslage in bestimmten Ländern) meist schnell wieder normalisiert. Der Inlandtourismus dürfte sich dabei rascher erholen als die Nachfrage aus dem Ausland, da etwa Destinationen in Norditalien durch heimische Ziele substituiert werden. Neben dem Nächtigungsrückgang kommt es zu einem fast vollständigen Entfall des Tagestourismus und der damit verbundenen Einnahmen. Zudem brechen die Geschäftsreisen ein und werden sich erst langsam wieder erholen. Das impliziert auch empfindliche Ausfälle im für Städte wichtigen Kongresstourismus: Während einige Kongresse auf den Herbst verschoben wurden, werden viele andere erst 2021 stattfinden. Dieser Einnahmefall kann damit heuer nicht mehr kompensiert werden.

Die heimische Nachfrage nach Reisen ins Ausland wird im Frühjahr 2020 ebenso stark zurückgehen.

Die temporären Schließungen der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe (mit Ausnahme systemrelevanter Bereiche, wie etwa Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Medikamenten) beeinflussen den **privaten Konsum** und zahlreiche Dienstleistungssektoren (Handel, Gastronomie, Verkehr, Unterhaltung und Freizeit, persönliche Dienstleistungen). Der private Konsum ist auf der Nachfrageseite die wichtigste Komponente des BIP. Im Jahr 2018 betrug der nominelle private Konsum einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck rund 199,7 Mrd. €, dies entsprach etwas mehr als der Hälfte des BIP. Rund die Hälfte davon entfiel auf den Dienstleistungskonsum. Er umfasst neben den Ausgaben für Wohnen jene Komponenten, die aufgrund der Einschränkungen gegenwärtig stark reduziert werden. Zur Abschätzung der Konsumnachfrage sowie der Auswirkungen auf die betroffenen Dienstleistungsbereiche wurde ein monatliches Konsumprofil für mehr als 120 Waren- und Dienstleistungspositionen der privaten Haushalte erstellt. Das Szenario geht von einem starken Anstieg der Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter (vor allem Lebensmittel und Getränke) von März bis Mai 2020 aus, die durch die Geschäftsschließungen nicht betroffen sind. Der Mehrkonsum in diesem Bereich ist nur zu einem kleinen Teil auf "Hamsterkäufe" zurückzuführen, der überwiegende Teil entfällt auf Mehrausgaben für Lebensmittel anstelle von Konsumation außer Haus. Insgesamt steigen die Konsumausgaben in dieser Kategorie 2020 im Vergleich mit dem bisherigen Prognoseszenario um 10%.

Im Bereich der halbdauerhaften und dauerhaften Konsumgüter ist hingegen ein erheblicher Rückgang zu erwarten. Zwar würde, so die Annahme des Szenarios, der Onlinevertrieb hier eine gewisse Substitutionsmöglichkeit bieten, und ab dem Sommer würden Nachholeffekte einsetzen; in Summe werden die Konsumausgaben in diesem Bereich 2020 dennoch um bis zu 10% sinken.

## Übersicht 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

### Zu Herstellungspreisen

	2016	2017	2018	2019	2020	2020 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,5	+ 2,5	+ 4,1	+ 0,7	- 5,0	+ 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	+ 4,3	+ 4,8	+ 5,1	+ 0,9	- 4,0	+ 0,4
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,4	+ 3,1	- 1,5	+ 3,0
Bauwirtschaft	+ 0,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,5	- 4,0	+ 1,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,0	- 1,8	+ 1,3
Verkehr	+ 1,7	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,4	- 5,0	+ 3,0
Beherbergung und Gastronomie	+ 2,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 2,3	- 10,5	+ 1,3
Information und Kommunikation	+ 5,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	- 1,4	+ 3,7	- 0,5	+ 3,5	- 2,5	- 0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,8	- 0,5	+ 1,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>2)</sup>	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,3	- 1,2	+ 1,8
Öffentliche Verwaltung <sup>3)</sup>	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	- 0,9	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	- 13,0	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,7	- 2,4	+ 1,3

Q: WIFO. 2020: Prognose. – <sup>1)</sup> Vergleichswert laut WIFO-Prognose vom Dezember 2019. – <sup>2)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – <sup>3)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – <sup>4)</sup> Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – <sup>5)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen, Tourismus, Gastronomie und Unterhaltung (Sport, Freizeit, Kultur) werden im März und April ebenfalls deutlich einbrechen, die Ausgaben für Wohnen sind allerdings kaum betroffen. Die Ausgaben für die Gesundheit könnten sogar leicht zunehmen. Der Dienstleistungskonsum sinkt im Jahr 2020 insgesamt gegenüber dem bisherigen Prognoseszenario um 6%.

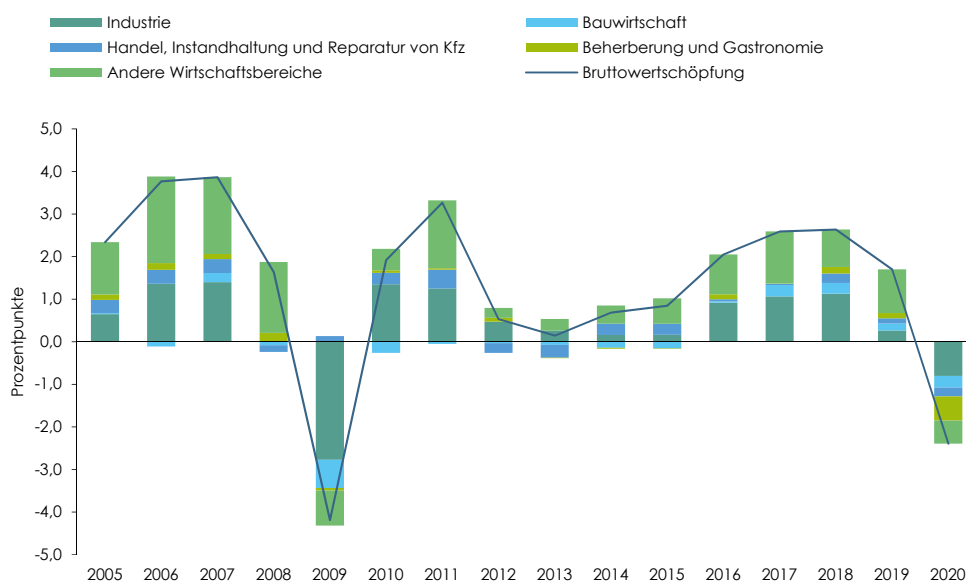
Zusammen mit dem Entfall der Ausgaben ausländischer Gäste in Österreich (siehe oben) ergibt dieses Konsumszenario im Bereich **Beherbergung und Gastronomie** 2020 einen Rückgang der Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr von 10,5%. Etwa zwei Drittel dieses Effektes stammen aus dem Inland; ein Drittel entstehen durch das Ausbleiben ausländischer Gäste.

Im **Handel** steht der hohen Dynamik der Ausgaben für Lebensmittel ein Rückgang im Bereich halbdauerhafter und dauerhafter Konsumgüter gegenüber, der sich insbesondere im Bereich Bekleidung und Schuhe sowie im Kfz-Handel deutlich niederschlägt. In Summe ergibt sich 2020 eine Abnahme der realen Wertschöpfung um 1,8% gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich **Verkehr** leiden insbesondere die Personenbeförderung (Bahn, Nahverkehr, Taxi, Seilbahnen usw.) sowie die Luft- und Schifffahrt und angeschlossene Dienstleistungsbereiche unter den Folgen der Krise. Im Güterverkehr dürften die Effekte geringer ausfallen, da die Industrie weniger empfindliche Nachfrageeinbußen erleidet (siehe unten) und der Transport von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern aufrecht bleibt. In Summe sinkt die Wertschöpfung 2020 in diesem Bereich unter den getroffenen Annahmen um 5%.

Der Bereich **Unterhaltung** ist in hohem Ausmaß von den Schließungen und von Absagen bzw. Verschiebungen von Veranstaltungen betroffen. Zwar unterstellt das vorliegende Szenario einige Nachholeffekte im Herbst; insgesamt wird die Wertschöpfung aber im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr markant sinken. Für den Bereich der sonstigen Dienstleistungen (einschließlich persönlicher Dienstleistungen wie z. B. Friseure) ergibt sich dadurch ein Rückgang der Wertschöpfung von 13%.

Abbildung 1: Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



Q: WIFO. 2020: Prognose. Industrie (ÖNACE Abschnitte B bis E), Bauwirtschaft (ÖNACE Abschnitt F), Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz (ÖNACE Abschnitt G), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE Abschnitt I).

Der **Gesundheitsbereich** gehört zu den wenigen Branchen, in denen die private und öffentliche Konsumnachfrage aufgrund der Corona-Krise steigt und die Wertschöpfung zunimmt (+3,6%). Insgesamt dürfte die Wertschöpfung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Erziehung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen) um 2% höher ausfallen als im Vorjahr.

Die indirekten Effekte aus dem oben beschriebenen Konsumszenario werden über die Input-Output-Tabelle auch in anderen Wertschöpfungsbereichen berücksichtigt. Hier ist jedoch zusätzlich von spezifischen Szenarien auszugehen, um Besonderheiten des jeweiligen Sektors abzubilden. In der **Industrie** (Herstellung von Waren) wird im hier beschriebenen Szenario mit Produktionsausfällen gerechnet, die auf drei Ursachen zurückgehen:

- Ausfall von Teams bzw. Schichten aufgrund von Krankheitsfällen und damit verbundenen Quarantänemaßnahmen,
- geringe (internationale) Nachfrage nach Investitionsgütern, langlebigen Konsumgütern und deren Vorprodukten, insbesondere im Bereich der Kraftfahrzeuge,
- Mangel an Vorprodukten aufgrund von Unterbrechungen der Lieferketten.

Eine Abgrenzung der einzelnen Ursachen und die getrennte Bewertung ihrer Effekte ist im gegenwärtigen Szenario nicht sinnvoll, weil die Effekte nicht additiv sind. So dürften etwa Betriebe über Ostern schließen, sowohl weil Aufträge fehlen als auch wegen Problemen mit der Lieferung von Vorprodukten und weil die Belegschaft dadurch vor Ansteckung geschützt werden soll. Daher wird ein Produktionsausfall von durchschnittlich 15% über die Dauer von 12 Wochen zwischen März und Juni angenommen. Hinter dieser Annahme verbirgt sich ein zeitliches Profil, das geringe Ausfälle in der zweiten Märzhälfte, deutlichere Einbußen im April und Mai und eine langsame Rückkehr auf den vor der Krise prognostizierten Wachstumspfad in der Zeit danach unterstellt. Im IV. Quartal 2020 dürfte es in beschränktem Umfang gelingen, Produktionsausfälle nachzuholen. Der Gutteil der Auf- und Nachholeffekte wird sich jedoch erst 2021 manifestieren. In diesem Szenario sinkt die Wertschöpfung 2020 in der Herstellung von Waren um 4%.

Auch die **Bauwirtschaft** dürfte aus folgenden Gründen erhebliche Produktionsausfälle verzeichnen:

- Mangel an Vorprodukten aufgrund der Unterbrechung der Lieferketten,
- Einstellung der Bautätigkeit und Baustellenschließungen,
- Arbeitskräfteknappheit aufgrund der Grenzschießungen für den Personenverkehr.

Letzteres betrifft insbesondere Tages- und Wochenpendlerinnen und -pendler aus Osteuropa. Auch hier sind die Ursachen nicht sinnvoll getrennt zu quantifizieren. Bisher (Stand 25. März 2020) haben einige Großunternehmen ihre Bautätigkeit bereits vorübergehend eingeschränkt. Kleinere Bauunternehmen und das Baunebengewerbe dürften jedoch noch weitgehend ungestört arbeiten.

Dem Szenario in diesem Bereich liegt die Annahme deutlicher Produktionsausfälle im April zugrunde (–50%). Im März und in den Monaten Mai und Juni fallen diese annahmegemäß geringer aus. Zudem sind in der Bauwirtschaft aufgrund der hohen Auftragsbestände im 2. Halbjahr eine rasche Normalisierung und Aufholeffekte zu erwarten. Anhaltende Einschränkungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr könnten sich hier als Hemmnis erweisen. Unter den getroffenen Annahmen sinkt die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft 2020 um 4%.

Im sehr heterogenen Bereich der **sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen** sind die angenommenen Effekte unterschiedlich. Besonders von der Krise betroffen sind Reisebüros, Werbung und Marktforschung, Fotografie und Fotolabors sowie Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter. Diese machen aber nur 8% der Wertschöpfung in diesem Bereich aus. Andere große Teilbereiche, wie etwa die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften oder die Vermietung beweglicher Sachen, sind eng mit dem Verlauf der Industriekonjunktur verknüpft und werden die Auswirkungen der Krise ebenfalls deutlich spüren. Positive Effekte sind hingegen für andere unternehmensnahe Dienstleistungen wie etwa Unternehmensberatung oder Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung zu erwarten. In diesen Bereichen lässt sich ein Großteil der Arbeit von zu Hause erledigen. Zudem steigen gegenwärtig die Aufträge im Zusammenhang mit Kurzarbeit und Unterstützungsmaßnahmen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen in den Monaten März bis Mai

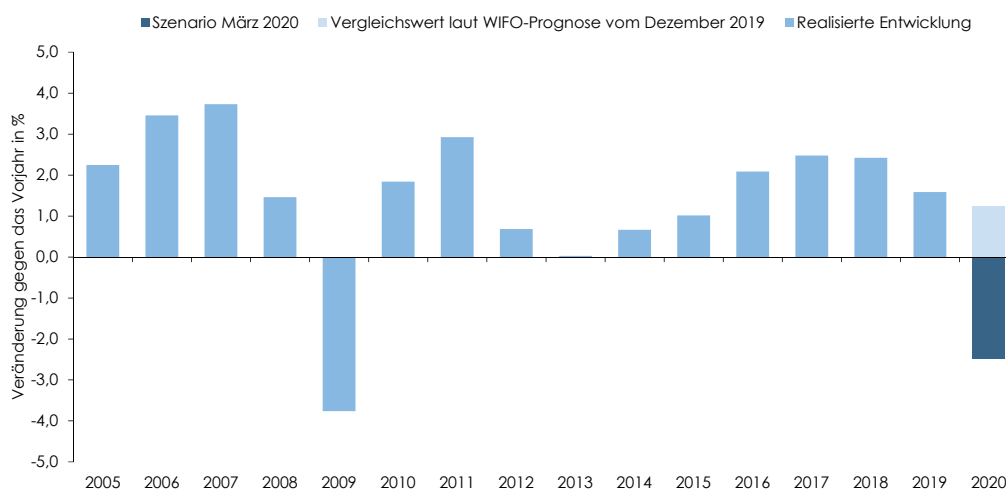


eingeschränkt sein. Im 2. Halbjahr ist jedoch von leichten Aufholeffekten auszugehen. Im Jahr 2020 ergibt sich unter diesen Annahmen insgesamt ein Wertschöpfungsrückgang von 1,2% gegenüber dem Vorjahr.

In der **Kredit- und Versicherungswirtschaft** bestimmen gegenwärtig zwei gegensätzliche Kräfte die Entwicklung: Zum einen dürften Unternehmen Investitionen wegen der hohen Unsicherheit aufschieben, die Nachfrage nach langfristigen Krediten ist derzeit schwach. Andererseits werden viele Unternehmen versuchen, Liquiditätsprobleme durch Zwischenfinanzierungen zu überbrücken. Dies wird auch durch öffentliche Kreditgarantien von bis zu 9 Mrd. € unterstützt. In Summe dürfte die Wertschöpfung 2020 in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr um 2,5% sinken.

Insgesamt ergibt sich in dem hier dargestellten Szenario ein Rückgang des realen **Bruttoinlandsproduktes** im Jahr 2020 von 2,5%. Gegenüber der Prognose vom Dezember 2019 bedeutet dies eine Differenz von etwa  $-3\frac{1}{2}$  Prozentpunkten.

Abbildung 2: Entwicklung des BIP, real



Q: Statistik Austria, WIFO.

Der unterstellte starke, aber kurze Einbruch der Konjunktur hinterlässt deutliche Spuren auf dem **Arbeitsmarkt**. Insgesamt wird das Arbeitsvolumen 2020 um etwa 3% zurückgehen. Die Umstellung vieler Unternehmen auf Kurzarbeit trägt dazu bei, die Effekte auf die Beschäftigung zu mildern. Annahmegemäß werden etwa zwei Drittel des Rückganges des Arbeitsvolumens durch eine Verringerung der Arbeitszeit aufgefangen, etwa die Hälfte davon durch Kurzarbeit. Das Instrument der Kurzarbeit würde damit deutlich stärker beansprucht als in den Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Damals wurden rund 168 Mio. € dafür aufgewandt. Diese Annahme stützt sich auf die hohe Betroffenheit vieler Unternehmen durch temporäre Produktionseinschränkungen und würde Ausgaben von knapp 1 Mrd. € nach sich ziehen.

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nimmt in diesem Szenario im Jahresdurchschnitt 2020 gegenüber dem Vorjahr um 40.000 ab (-1,1%). Die Zahl der Arbeitslosen steigt um 42.000. Die Arbeitslosenquote erhöht sich gemäß nationaler Definition im Jahresdurchschnitt 2020 auf 8,4%. Aufgrund des Rückganges der Beschäftigung und einer angenommenen niedrigeren Lohndynamik als laut WIFO-Prognose vom Dezember 2019 wird die Bruttolohnsumme 2020 um 0,2% sinken.

Die **Verbraucherpreisinflation** fällt wesentlich geringer aus als laut der WIFO-Prognose vom Dezember 2019. Insbesondere der niedrige Rohölpreis schlägt sich hier deutlich nieder. Nachdem sich die erdölfördernden Länder Anfang März auf keine Beschränkung der Förderquoten geeinigt hatten, sank der Rohölpreis unter 40 \$ je Barrel. Zusätzlich drückt der weltweite Konjunkturunbruch die Rohölnachfrage und trägt ebenso zu diesem Preisverfall bei. In diesem Szenario wird angenommen, dass sich der Preis der Sorte Brent im Juni zwischen 25 \$ und 30 \$ je Barrel bewegen wird und sich die Förderländer im Juni auf niedrigere Förderquoten verständigen. Der Rohölpreis wird demnach bis Jahresende leicht auf rund 40 \$ steigen.

Zudem dürften die Einschränkungen des grenzüberschreitenden Personenverkehrs in den Monaten April bis Juni nicht nur in Österreich, sondern auch in Italien, Deutschland und den Niederlanden eine Arbeitskräfteknappheit in der Lebensmittelproduktion zur Folge haben. Dadurch steigen die Preise von Nahrungsmitteln etwas stärker als bisher erwartet. Hingegen werden sich die Umsatzeinbußen des Handels im 2. Halbjahr in einer Verbilligung von Industriegütern niederschlagen, sobald die Geschäfte wieder öffnen. In Summe steigen die Verbraucherpreise 2020 gegenüber dem Vorjahr um 1,3%.

Die **öffentlichen Haushalte** werden durch die beschlossenen Krisenbewältigungsmaßnahmen in einem Gesamtvolumen von bis zu 38 Mrd. € belastet. Die Maßnahmenpakete enthalten neben öffentlichem Konsum und Investitionen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit, vor allem Ausgaben für Kurzarbeit, einen Härtefallfonds für Kleinunternehmen sowie einen Rahmen für Kreditgarantien und für die Stundung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Maßnahmen haben unterschiedliche Wirkungen auf den Maastricht-Saldo. Kreditgarantien und -haftungen werden nur bei einem tatsächlichen Ausfall des Kredits budgetwirksam. Die Abnahme der Steuereinnahmen aufgrund der Herabsetzung von Steuervorauszahlungen auf Antrag ist unmittelbar heuer relevant. Dagegen verschlechtert die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen den Maastricht-Saldo nicht, sondern erst der endgültige Ausfall. Die prognostizierten Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hängen daher sehr von Vermutungen über die derzeit noch nicht konkretisierte Ausgestaltung und Inanspruchnahme der Krisenbewältigungspakete ab. Die (deutlich kleineren) Hilfspakete der Bundesländer werden – auch mangels genauerer Informationen – hier nicht berücksichtigt.

Die in diesem Szenario angenommenen ausgabenwirksamen Effekte der Hilfspakete des Bundes erreichen rund 12½ Mrd. €. Darin enthalten ist eine erwartete Zunahme des öffentlichen Konsums um 3 Mrd. € als Soforthilfe zur Stützung des Gesundheitssystems, zum Teil auch für Polizei und Bundesheer. Hinzu kommen Ausgaben für die Leistungen karitativer Organisationen und für Investitionen, vorwiegend im Gesundheitssystem. Weiters werden Ausgaben von knapp

1 Mrd. € zur Finanzierung des Kurzarbeitsmodells unterstellt. Besondere Ungewissheit besteht hinsichtlich der Frage, ob die Sicherung der Liquidität des Unternehmenssektors über direkte Unterstützungszahlungen oder über Kredithaftungen des Staates erfolgen wird. Die im Budgetszenario unterstellten Notfallhilfen von rund 6 Mrd. € dienen der Abfederung von Umsatzverlusten und der Stützung der von behördlichen Schließungen besonders betroffenen Unternehmen. Sie inkludieren die bereitgestellten Soforthilfen des Härtefallfonds von 1 Mrd. €. Zur Schätzung wurden aus der Wertschöpfungsprognose abgeleitete krisenbedingte Umsatzverluste herangezogen und mit Annahmen über branchenspezifische Erfordernisse kombiniert. Zudem werden im Jahr 2020 schlagend werdende Kreditausfallhaftungen von 0,5 Mrd. € unterstellt.

Auf der Einnahmenseite werden sich Mindereinnahmen aus der Körperschaftsteuer und der veranlagten Einkommensteuer niederschlagen, die im vorliegenden Szenario mit rund 3½ Mrd. € veranschlagt sind. Für die Einnahmen aus Lohnsteuer und Sozialbeiträgen spielt eine tragende Rolle, in welchem Ausmaß die Beschäftigung durch Kurzarbeit und durch die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen stabilisiert wird. Die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer spiegeln auch Effekte des Familienbonus wider. Die Mehrwertsteuereinnahmen werden im Szenario primär durch die schwache Entwicklung des nominellen privaten Konsums (siehe oben) bestimmt. Hinzu kommen voraussichtliche Mindereinnahmen aufgrund von Steuerstundungen. Ferner sinken voraussichtlich Einnahmen aus anderen Steuern und Abgaben – insbesondere aus indirekten Steuern wie der Mineralölsteuer, dem Familienlastenausgleichsfonds und der Kommunalsteuer, aber auch aus der Kapitalertragsteuer – sowie die Dividendeneinnahmen und Produktionserlöse des Staates. Insgesamt ergeben sich im Vergleich zur WIFO-Prognose vom Dezember 2019 Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte von deutlich mehr als 11 Mrd. €.

In diesem Szenario verschlechtert sich der Finanzierungssaldo auf –21½ Mrd. € oder –5½% des BIP. Unter der Annahme weiterhin günstiger Finanzierungsbedingungen steigt die Staatsverschuldung auf rund 76% des BIP.

Das hier dargestellte Szenario ist mit großer **Unsicherheit** behaftet. Zum einen wird angenommen, dass die getroffenen Maßnahmen die Verbreitung des Coronavirus rasch unterbinden und daher nicht wesentlich länger in Kraft sind als bisher geplant. Eine Verlängerung der Maßnahmen oder ihre Vertiefung würde nicht nur die in diesem Szenario beschriebenen Effekte verstärken, sondern auch eine rasche Erholung im 2. Halbjahr 2020 zunehmend erschweren. So würde etwa die Zunahme der Verschuldung von Unternehmen und privaten Haushalten aufgrund von Einkommensausfällen die Investitions- und Konsumnachfrage dämpfen. Die Arbeitslosigkeit könnte sich bei längerer Dauer der Krise ebenfalls verfestigen. Zudem wird unterstellt, dass Krise und Erholung weltweit weitgehend synchron verlaufen und die Erholung der österreichischen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte nicht durch Nachfrage- oder Produktionsausfälle im Ausland behindert wird. In vielen unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen besteht außerdem mit zunehmender Dauer der Krise die Gefahr einer Ausdünnung der Auftragsbestände und der Verzögerung der Vergabe neuer Aufträge.

Risiken bestehen zudem in der Möglichkeit einer größeren Zahl an Betriebs- und Baustellen-schließungen infolge der Zunahme der Krankheitsfälle oder aufgrund behördlicher Vorgaben. Der Tourismus könnte weitere Ausfälle verzeichnen, falls aufgrund der Schulschließungen ver-säumte Unterrichtszeit durch eine Verkürzung der Sommerferien nachgeholt werden soll oder Urlaubskontingente im Frühjahr vollständig aufgebraucht werden. Zudem könnten die Ein-schränkungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr länger aufrecht bleiben als in die-sem Szenario angenommen oder das Vertrauen darauf, ohne Ansteckungsgefahr reisen zu können, nachhaltig beschädigt sein, was die Tourismuskonsumnachfrage aus dem Ausland beeinträchtigen würde.

Nicht zuletzt hinterlässt die weltweite Zunahme der Unsicherheit auch auf den Finanzmärkten ihre Spuren. Im März 2020 gaben die Aktienindizes weltweit deutlich nach. Gegenwärtig ist noch nicht zu erwarten, dass sich die Situation zu einer Finanzkrise ähnlich jener 2008/09 aus-weitert. Dazu trägt auch die entschlossene Haltung der weltweit wichtigsten Zentralbanken bei. Die neu angekündigten Programme der Europäischen Zentralbank und der Fed versprechen ein historisches Ausmaß an Unterstützung und tragen zu einer Verringerung der Unsicherheit auf den Finanzmärkten bei. Insbesondere mindert das Bekenntnis der EZB zu ihrer Rolle als Kredit-geber der letzten Instanz die Gefahr einer neuerlichen Euroraum-Krise wie in den Jahren 2010/11 deutlich. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen sanken nach Ankündigung des Pan-demie-Notfallprogramms zum Ankauf von Staatsanleihen (PEPP – Pandemic Emergency Purch-ase Programme) wieder. Das österreichische Bankensystem verfügt zudem über eine deutlich höhere Eigenkapitalquote als vor zehn Jahren, sodass Kreditausfälle in einem bestimmten Aus-maß verkräftet werden können. Die im Unterstützungspaket der Regierung enthaltenen Haftun-gen helfen den Unternehmen bei Liquiditätsproblemen und dürften die Ausfälle dadurch be-grenzen. Allerdings kann ein längeres Anhalten der Krise den Bankensektor stärker in Mitleiden-schaft ziehen als hier unterstellt.

Insgesamt ist das dargestellte Szenario daher optimistisch. Es zeigt, wie sich die Wirtschaft bes-tenfalls entwickeln könnte, wenn die beschriebenen Randbedingungen eintreten. In diesem Sinn kann das Szenario auch als Orientierung für wirtschaftspolitische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

Abgeschlossen am 25. März 2020

Rückfragen bitte am Donnerstag, dem 26. März 2020, zwischen 12 und 16 Uhr an  
Dr. Stefan Ederer, Tel. 01 798 26 01 - 464, [stefan.ederer@wifo.ac.at](mailto:stefan.ederer@wifo.ac.at)